

Positionspapier zur Energiewende

des DGB Bayern und des BUND Naturschutz in Bayern e.V.

Die Energiewende in Deutschland ist eine der größten Herausforderungen, der sich die Politik, die Wirtschaft und die Gesellschaft seit den Wirtschaftswunderjahren stellen müssen. Dies gilt insbesondere für Bayern, da der Anteil der Kernenergie-basierten Energieversorgung hier besonders hoch ist. So müssen alleine in Bayern bis 2022 über 50 % der gesamten Stromproduktion durch erneuerbare und schadstoffarme Energien ersetzt werden. Atomenergie ist eine gefährliche Technologie, die sowohl bei regulärem Betrieb durch die Produktion von Atommüll aber auch vor allem im Falle eines großen Unfalls, wie in Tschernobyl 1986 und in Fukushima 2011, zu einschneidenden gesundheitlichen Langzeitfolgen und zu gigantischen volkswirtschaftlichen Schäden führt und führen kann.

Fossile Energieträger emittieren bei ihrer Nutzung zusätzliche Treibhausgase in die Atmosphäre. Die Folgen eines globalen Anstiegs der mittleren Temperaturen könnten kurzfristig zunächst zu einer Zunahme von Wetterkatastrophen, mittelfristig zu Wasserknappheit in verschiedenen Kulturräumen der Erde und letztlich zu einer massiven Änderung der Ressourcenverteilung auf der Erde führen. Die hieraus resultierenden zukünftigen volkswirtschaftlichen Kosten eines Klimawandels werden erheblich höher geschätzt als die heute anfallenden Kosten einer Energiewende als Gegenmaßnahme.

DGB Bayern und BUND Naturschutz in Bayern befürchten, dass die anfallenden Kosten des Ausstiegs aus der Kernenergie letztlich an die Öffentlichkeit und die breite Gesellschaft übertragen werden. DGB Bayern und BUND Naturschutz in Bayern fordern hier gemeinsam, dass die Kosten der Energiewende gerecht verteilt werden. Der allgemeine Zugang zu Energie ist in unserer Gesellschaft ein wesentlicher Träger unserer Wohlfahrt. Eine Verteuerung von Energie würde direkt zu gesellschaftlichen Ungleichheiten und Spannungen führen.

Mit großer Sorge verfolgen der DGB Bayern und der BUND Naturschutz in Bayern die aktuellen Entwicklungen zum Thema Energie: Die Energiewende wird gebremst, der Klimaschutz stagniert – und der globale Kampf gegen den Klimawandel wird in höchstem Maße vernachlässigt.

Dabei ist die Energiewende dringlich, da eine umweltverträgliche, verlässliche, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energieversorgung grundlegende Voraussetzung für die industrielle Wertschöpfung und für Beschäftigung in Bayern ist. Die Energiewende muss den Ausstieg aus der Atomkraftnutzung wie den Umstieg auf eine postfossile Energieerzeugung beschleunigen.

Ohne eine belastbare Planung, welche die notwendigen Maßnahmen für dieses Jahrhundertprojekt deutschlandweit und in den jeweiligen Bundesländern koordiniert, wird die Energiewende nicht gelingen.

Auch mit Blick auf den Freistaat Bayern treibt uns die Sorge um, dass die bisher nur unzureichend umgesetzte Energiewende sowie die nicht ausreichenden politischen Rahmenbedingungen Arbeitsplätze gefährden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund vertritt in seinen Zuständigkeitsbereichen die Beschäftigten in der Energiebranche, die mit Energieerzeugung, Energieverteilung und Energieprodukten zu tun haben. Das gilt vor allem für die Hersteller der erneuerbaren Energien. Weltweit agierende Konzerne, wie z.B. Siemens, Bosch, MAN, Schaeffler, SKF, Infineon, Semikron und Bosch Rexroth, sind mit ihren Beschäftigten entlang der bayerischen Wertschöpfungskette erfolgreich tätig. Hinzu kommt noch eine große Vielzahl klein- und mittelständischer Betriebe, die ebenso diesem Wirtschaftszweig zuzuordnen sind. Diese Unternehmen, die mit ihren jeweiligen Produkten Träger der Energiewende sind, tragen wesentlich zum Erfolg der bayerischen Wirtschaft bei.

Mit Blick auf Bayern bietet die Energiewende somit nicht nur die Aussicht auf mehr Arbeitsplätze, sondern auch die große Chance für eine umfassende Modernisierung der bayerischen Industrie sowie der Arbeitsplätze vieler Beschäftigten.

Wir beobachten aktuell jedoch mit großer Besorgnis, dass aufgrund politischer Untätigkeit und fehlender Entscheidungen und Rahmenbedingungen in den Unternehmen Investitionen verzögert und damit im Umkehrschluss auch Innovationen in den Unternehmen zurückgefahren werden.

Durch diesen Investitionsstau, der vor allem erneuerbare Energien betrifft, verpasst der Wirtschaftsstandort Bayern nicht nur erhebliche Wachstumschancen, auch der notwendige energetische Umbau der Gesellschaft kann nicht erfolgreich umgesetzt werden.

Die Voraussetzungen und Chancen für Wertschöpfung zu schaffen, ist auch Aufgabe der Politik. Der DGB Bayern und der BUND Naturschutz in Bayern fordern daher die Staatsregierung auf, endlich für einen kräftigen Schub zu sorgen und im Bund und in Bayern energisch die Energiewende voranzubringen.

Forderungen des DGB Bayern und des BUND Naturschutz in Bayern an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft für eine Energiewende mit Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in den Bereichen Strom und Wärme

1. Dynamischer Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern – mit ökologischen Leitplanken. Rückkehr zu einer fachlich fundierten Regionalplanung Windenergie durch die Regionalen Planungsverbände der Kommunen, auf der Basis nachvollziehbarer Kriterien für Natur- und Landschaftsschutz. Das bedeutet: Streichen der „Abstandsregelung $10 * H$ “ (entsprechend über 2000 Meter) von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung. Grundlage von Planungen muss das Bundesimmissionsschutzgesetz mit der Technischen Anleitung Lärm sein. Rückkehr zum „Winderlass Bayern“ vom Dezember 2011 (entsprechend Abstandsempfehlungen von ca. 800 oder 1000 Meter). Windenergieanlagen müssen in Bayern realisierbar im menschlich besiedelten Kulturräum sein. Naturschutz- und Natura-2000-Gebiete müssen respektiert und freigehalten werden. Schöne bayerische Landschaften müssen mit wissenschaftlich fundierten Methoden der Landschaftsarchitektur geschützt werden. Ein Abdrängen von Windenergie in die letzten Naturräume Bayerns darf nicht geschehen.
2. Der DGB Bayern setzt auf eine Energieversorgung ohne nukleare Energie und fordert einen geordneten Ausstieg aus der Atomkraft so schnell wie möglich. Nach Berechnungen des Öko-Instituts ist dies spätestens bis zum Jahr 2020 möglich. Der BUND Naturschutz in Bayern fordert den Atomausstieg sofort – ohne schuldhaftes Zögern!

Die derzeitige Beschlusslage sieht für Bayern vor, 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2021 Gundremmingen C und 2022 Isar 2 endgültig abzuschalten. Für alle Beschäftigten in den Kernkraftwerken müssen für die Zeit nach Stilllegung der Anlagen rechtssichere Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung abgeschlossen werden. Die Betreiberunternehmen sollen hierzu Tarifverträge mit der zuständigen Gewerkschaft abschließen.

3. Arbeitsfähige Klimaschutzkonzepte, kommunales Energiemanagement mit Wärme-Strom-Konzepten in allen Kommunen Bayerns bis Ende 2015.
4. Umsetzung von Konzepten unabhängiger und vorgewerblicher Energiesparberatung für private Haushalte und Kleingewerbe, vor Ort und am Objekt, in kommunaler Trägerschaft, gemeinsam mit Handwerk und Industrie – in allen Landkreisen Bayerns, bis Ende 2015.
5. Einrichtung eines Energiesparfonds Bayern mit dem Ziel, die Rate der energetischen Sanierung im Gebäudealtbestand von heute ca. 1 Prozent auf 3 Prozent pro Jahr in Bayern zu heben, bis spätestens 2020.
6. Ausbau von Referenzertragsmodellen der Windenergie für Bayern! Im Kompromiss mit Mensch, Landschaft und Natur müssen Windenergieanlagen in Bayern bezahlbar und refinanzierbar sein. Das Respektieren von Natur und Landschaft beim Errichten von Windenergieanlagen muss belohnt und nicht bestraft werden!
7. Biomasse muss in Bayern optimiert und flexibel für Strom (elektrische Energie [kWh]), Wärme und elektrische Leistung [kW] genutzt werden. Die Technologie steht mit Blockheizkraftwerken für Biogas und Holz bereits heute in Bayern zur Verfügung. Als Rohstoffe für Biogas müssen vorwiegend Abfälle aus der Landwirtschaft, aus der Grünen Tonne der Haushalte und aus der Nahrungs- und Futtermittelverarbeitung genutzt werden. Elektrische Leistung aus der Biogasverstromung könnte in Bayern bereits heute bei richtiger Steuerung 5500 Megawatt elektrische Leistung vorhalten – das entspräche der elektrischen Leistung der laufenden bayrischen Atomkraftwerke. Biomasse kann in Bayern über die Technologie dezentraler Blockheizkraftwerke wesentlich zur lokalen und regionalen Stabilisierung der Stromnetze beitragen.
8. DGB Bayern und BUND Naturschutz in Bayern fordern, dass dezentrale Produktion und Vermarktung von Strom und Wärme ein zentrales Anliegen bayerischer Wirtschaftspolitik wird. Beratung, Modelle und Anschubprogramme müssen in Bayern die Regionalisierung des Strommarktes ermöglichen.
9. DGB Bayern und BUND Naturschutz in Bayern fordern, dass das Bayerische Wirtschaftsministerium die Energiewende politisch und konkret unterstützt. Erforderlich sind regionale Beratung und Unterstützung von Bürgerenergiegesellschaften und kommunalen Energieunternehmen.